

Das Optionsmodell hat für den Landkreis Vorrang

Die Verwaltung muss Eignungskriterien nachweisen

Von unserem Redaktionsmitglied
Michael Rudolphi

Kreis Karlsruhe. Bislang läuft es so: Ein Langzeitarbeitsloser im Landkreis Karlsruhe stellt bei der zuständigen Geschäftsstelle der Agentur für Arbeit seinen Antrag auf Grundsicherung. Die Agentur erstellt einen Bescheid über die Regelsätze. Mit diesem Bescheid geht der Betroffene dann zu einem Mitarbeiter des Landratsamtes, bei dem er dann die begleitenden Hilfen etwa zur Unterkunft beantragt.

Hier Arbeitsagentur, dort Landratsamt, zwei Verwaltungen und zwei Bescheide – dieser immense bürokratische Aufwand trifft im Landkreis Karlsruhe etwa 7 000 Bedarfsgemeinschaften (knapp 15 000 Menschen). Die getrennte Aufgabenwahrnehmung ist bei der Grundsicherung für Langzeitarbeitslose nicht mehr zulässig. Der Gesetzgeber fordert eine Neuordnung nach dem Grundsatz „ein Bescheid aus einer Hand“.

Der Landkreis Karlsruhe möchte dies am liebsten als „Optionskommune“ umsetzen und alle Aufgaben von der Grundsicherung über die Jobvermittlung bis zu den Unterkunftskosten eigenverantwortlich wahrnehmen. Die andere Möglichkeit, ein gemeinsames Jobcenter mit der Arbeitsagentur, hält das Landratsamt für die weniger gute Lösung.

Um überhaupt Optionskommune werden zu können, muss der Landkreis eine Reihe von Eignungskriterien erfüllen (siehe auch „Hintergrund“). „Die genauen gesetzlichen Anforderungen kennen wir noch nicht“, betont Peter Kappes, Sozialdezernent im Landratsamt. Fest steht: Im Falle der Optionslösung muss der Landkreis mindestens 90 Prozent der Mitarbeiter der Arbeitsagentur, die für das Arbeitslosengeld II zuständig sind, übernehmen. Kappes zufolge arbeiten dort derzeit rund 100 Beschäftigte. Auf Kreisseite betreuen etwas mehr als 50 Mitarbeiter die Hartz-IV-Empfänger.

Für Kappes liegen die Vorteile auf der Hand: Der Kreis als alleiniger Arbeitgeber hätte die uneingeschränkte Personalhoheit: „Wir könnten dadurch besser agieren“, meint er und weist auf geringere Reibungsverluste und größere Synergieeffekte. Einen weiteren Pluspunkt sieht der Sozialdezernent bei den Finanzen. Kappes geht davon aus, dass bei der Erstattung der Mitarbeiterkosten durch den Bund gegenüber dem Status quo „vermutlich ein siebenstelliger Betrag“ zu generieren sei.

Was passiert, wenn der Bund den Antrag auf eine Optionskommune nicht bewilligt und



MIT ODER OHNE ARBEITSAGENTUR? Der Kreis Karlsruhe möchte künftig als so genannte Optionskommune allein für die Grundsicherung von Langzeitarbeitslosen zuständig sein. Foto: Aläbiso

doch das Jobcenter kommt? Auch dafür möchte sich der Landkreis rüsten. „Wir fahren selbstverständlich zweigleisig“, betont Peter Kappes. „Das war von vornherein klar. Alles andere wäre fahrlässig“, fügt der Sozialdezernent hinzu.

Hartmut Pleier, Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Karlsruhe, macht keinen Hehl daraus, dass er das gemeinsame Jobcenter für die bessere Lösung hält. „Wenn der Landkreis sowie die Agentur ihr Wissen und Können einbringen, kommt mehr heraus“, ist er überzeugt.

Großer Preis für einsamen Kampf

Eppingen/Berlin (madl). Der Eppinger Landwirt Georg Heitlinger erhielt in Berlin den mit 50 000 Euro dotierten „Werner-Bonhoff-Preis wider den Paragrafen-Dschungel“. Die Werner-Bonhoff-Stiftung würdigt Heitlingers Engagement zur Abschaffung des „Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft“. Die Stiftung beschreibt diesen Fonds als das „Füllhorn der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA)“. Auf eine Klage Heitlingers hin urteilte das Bundesverfassungsgericht im Februar vergangenen Jahres, dass die Regelungen des Absatzfondsgesetzes ab Juli 2002 mit dem Grundgesetz unvereinbar sind. Schon damals hatte der Europäische Gerichtshof der CMA die Verwendung des Gütezeichens „Markenqualität aus deutschen Landen“ untersagt, weil es gegen EU-Recht verstoße. Die Summe der Pflichtbeiträge, die deutsche Landwirte von 2002 bis 2009 nach Stichtungsangaben verfassungswidrig einzahlen mussten, belaufen sich nach Berechnungen Heitlingers (Archivfoto: Aläbiso) auf 500 Millionen Euro. Die Werner-Bonhoff-Stiftung kommt daher zu dem Ergebnis: „Hätte sich der Preisträger 2010 nicht gewehrt, hätte sich auch weiterhin nichts geändert. Die Stiftung hat deshalb begonnen, den Dschungel der verstaatlichten Bürokratien“ zu erfassen. Ihr Ergebnis präsentiert sie unter www.werner-bonhoff-stiftung.de („bureaucratic transparency“).



Georg Heitlinger

Georg Heitlinger hatte sich im Januar dem Kuratorium vorgestellt, das ihn kurz danach für den Preis 2010 nominierte.

Hintergrund

Optionskommune

Der Bund möchte die Zahl der so genannten Optionskommunen um 41 auf dann 110 aufstocken. Geht es nach Landrat Christoph Schnaudigel, soll der Landkreis Karlsruhe eine dieser Optionskommunen werden, die eigenverantwortlich für die komplette Betreuung von Langzeitarbeitslosen zuständig sind. Dafür gibt es allerdings eine Reihe von Eignungskriterien, die der Kreis erfüllen muss. Formale Voraussetzung ist, dass der Kreistag den Antrag auf Zulassung mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit befürwortet. Der kommunale Träger muss weiter nachweisen, dass er in der Lage ist, seine Leistungen bürgerfreundlich, effizient und schnell zu gewährleisten.

Dazu gehören unter anderem die infrastrukturellen Voraussetzungen wie Gebäude und technische Ausstattung (EDV) sowie ein Qualifizierungskonzept für das Personal.

Sanierung von Weg und Leitung

Gondelsheim (kdm). Umgerechnet – die Rechnung machte jedenfalls der Gondelsheimer Bürgermeister Markus Rupp auf – seien für jeden Einwohner im Dossental 18 000 Euro investiert worden. Dafür, „für die notwendige Investition“, so Rupp weiter, wurden unter anderem ein etwa 1,5 Kilometer langer landwirtschaftlicher Weg komplett saniert und neue Abwasser- und Wasserleitungen verlegt. Vom „oberirdischen“ Ergebnis des insgesamt rund 580 000 Euro teuren Projektes durften sich am Wochenende zahlreiche Besucher

Landesförderung für die Zufahrt ins Dossental

beim Tag der „gläsernen Produktion“ im Dossental überzeugen. Die dortigen landwirtschaftlichen Betriebe öffneten zum offiziellen Auftakt der gläsernen Produktion in der Region ihre Pforten.

Vor wenigen Wochen noch wäre die Anfahrt zu den Höfen recht mühsam gewesen. Der bisherige Weg stammte aus den 1960er Jahren und präsentierte sich im entsprechend schlechten Zustand. Eine Rundumsanierung, was eben auch für die Abwasser- und Wasserinfrastruktur galt, ermöglichte das baden-württembergische Sonderprogramm „ländlicher Wegebau“. Fünf Millionen Euro gab's dafür. „75 Projekte wurden gefördert; mit Gondelsheim das einzige im Landkreis Karlsruhe“, berichtete Hartmut Alker vom Landwirtschaftsministerium. Für das Projekt im Kreis habe sich maßgeblich der Landtagsabgeordnete Joachim Köbber eingesetzt, befand Landrat Christoph Schnaudigel.

„Optimismus ist angesagt“

Brettener Berufsschüler erörtern die Zukunft der Europäischen Union

Von unserer Mitarbeiterin
Franziska Pasternack

Bretten. Ganz schön ins Schwitzen brachten die 17- bis 28-jährigen Schüler der Beruflichen Schulen Bretten gestern den Abgeordneten des Europaparlaments, Daniel Caspary, mit ihren kniffligen Fragen zur aktuellen EU-Griechenland-Problematik. Welche Sicherheiten es gäbe, dass das an Griechenland geliehene Geld wieder zurück in den deutschen Geldbeutel käme, fragte ein Schüler. Caspary dazu: „Es

gibt keine Sicherheiten für uns, denn wir können nicht sagen, wenn ihr uns das Geld nicht zurückgibt, dann beschlagnahmen wir die Akropolis.“ Trotzdem, so Caspary, sei das Hilfspaket für Griechenland richtig und gut. Denn der Überlebenswille des griechischen Volkes und des griechischen Staates müssten Sicherheit genug sein.

Anlass der Gesprächsrunde mit Caspary sowie Landrat Christoph Schnaudigel und Bretten Oberbürgermeister Martin Wolff war das Forum „Schüler diskutieren die Zukunft der

EU in politischer und finanzieller Hinsicht“, das im Zuge der Europawoche in Baden-Württemberg stattfand. Über mehrere Wochen hinweg haben sich Schüler der vier Berufsskollegs sowie des Technischen Gymnasiums mit dem Thema „Europäische Union“ im Geschichts- und Gemeinschaftskunde-Unterricht auseinandergesetzt. Fazit der Projektarbeit, so zitiert Barbara Sellin, Direktorin der Beruflichen Schulen Bretten, einen ihrer Schüler: „Optimismus ist angesagt.“

Auch Zwölfklässler Patrick Pfeil, Redakteur der Schülerzeitung „face to face“, entwirft ein hoffnungsvolles Zukunftsszenario für die EU: „Dezember 2010. Die Wirtschaft befindet sich erstmals nach Ausbruch der Wirtschaftskrise wieder im Aufschwung. Die Hoffnung – auch die der Europäischen Union – kehrt zurück.“ Gemeinsam mit Kay David Bäumes, der ebenfalls bei der Moderation der Diskussionsrunde mitwirkte, und anderen Jugendlichen hat er eine Sonderausgabe der Schülerzeitung herausgegeben, die sich der Europäischen Union, ihren Aufgaben und ihren Funktionen widmet.

Medial unterstützt präsentierten sich die beiden Schüler des Technischen Gymnasiums gut vorbereitet. Sie stellten diffizile Fragen zu den durch die Finanzkrise ausgelösten Krawallen in Griechenland, ließen aber auch die Frage nach Ländern, die womöglich Griechenlands Beispiel folgen könnten, nicht außen vor.

Im Anschluss an die Diskussionsrunde verschafften sich die Gesprächsgäste im Eingangsbereich des Schulkomplexes einen Eindruck von den Projektergebnissen der Schüler. Mit von den Berufsschülern erstellten Quizfragen wie „Welche Landesfahne zu welchem Land?“ oder „Welches Wahrzeichen gehört zu welcher europäischen Stadt?“ durften die politischen Gäste ihr Wissen rund um die Europäische Union testen. Da musste sich selbst Landrat Christoph Schnaudigel eingestehen, dass man nie auslernt.



IM GESPRÄCH: Schüler der Beruflichen Schulen Bretten diskutieren mit Politikern über die Zukunft Europas. Foto: Pasternack

Bombe entschärft: Kindergarten blieb zu

Landau (dpa/lrs). Ohne Probleme ist gestern in Landau eine 125-Kilogramm-Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg unschädlich gemacht worden. Nach Angaben des Kampfmittelräumdienstes dauerte die Entschärfung mit Unterbrechungen etwa 20 Minuten. Anschließend wurde der Blindgänger in ein Zwischenlager transportiert. Etwa 600 Anwohner hatten wegen der Entschärfung vorsorglich ihre Wohnungen zeitweise verlassen müssen. Betroffen war die Umgebung in einem Umkreis von 300 Metern um die Bombe. Ein Kindergarten in der Nähe blieb geschlossen.

Der Blindgänger war am Donnerstag auf einem ehemaligen Kasernengelände gefunden worden, wo derzeit Abbrucharbeiten laufen.

Entscheidung über Airport-Bahn vertagt

Baden-Baden/Rastatt (mjr). Das Gutachten über den Bau der Airport-Bahn geht erneut in die Verlängerung: Erst im Herbst, vermutlich im September, wird nach Angaben von Bürgermeister Werner Hirth (Baden-Baden) das Ergebnis vorliegen. Die beteiligten Kommunen müssten weitere Daten liefern.

Derzeit wird von einem unabhängigen Ingenieurbüro ermittelt, welche der geplanten Trassen über Baden-Baden oder Rastatt bei der Abwägung von Kosten und Nutzen gebaut werden kann. „Beide Seiten haben noch Hausaufgaben zu machen“, sagte Werner Hirth.

Die Meinung der Leser • Die Meinung der Leser • Die Meinung der Leser • Die Meinung der Leser • Die Meinung der Leser

Ein Blick nach Mainz genügt für die Zahlen

Zum Thema „zweite Rheinbrücke“ und Nordtangente Karlsruhe:

Es ist die gleiche B 10, die sowohl in der Pfalz wie auch in Baden zu Irrungen führt. Im badischen Ländle, wo es die alte B 10 bereits gibt, wird sie abgestuft, weil sie keine Fernverkehrsrelevanz mehr hat. Der Bund wird daher hier nichts Neues mehr bauen. Diesen Abstufungsvollzug von 1953 hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag als ihre Aufgabe festgelegt. Damit steht aktuell bestätigt fest, dass die Regierung nur dann eine neue B 10 (zum Beispiel in der Pfalz) bauen wird, wenn deren künftige Fernverkehrsrelevanz, ebenfalls mit Zahlen belegt, gegeben sein könnte.

Im Badischen ist die fehlende Fernverkehrsrelevanz der B 10 inzwischen von Pforzheim bis westlich von Knielingen beim „Ölkreisel“

(nicht Ölkreuz) erkannt. Der historische Hängebauch war 1994 der Beginn dieser Erkenntnis. Die Hagsfelder Umgehung, ebenfalls als neue B 10-Ortsdurchfahrt gedacht, ist Sache der Stadt Karlsruhe.

In Pfinztal setzt sich beim versprochenen Bau des Hopfenbergtunnels als Baumaßnahme einer B 10 die Erkenntnis durch, dass nur dann etwas vom Bund gebaut werden kann, wenn ebenfalls die Fernverkehrsrelevanz nachgewiesen ist. Jetzt fehlt auf dem Weg der Erkenntnis und zur Verknüpfung des Bundesfernstraßennetzes nur noch das kleine Stück auf badischer Seite, vom rechten Ufer des Rheins bis zur B 36. Hier müssten die Verkehrszahlen beweisen, dass dem Bund zumindest bis zum „Ölkreisel“ eine alleinige Zahlungspflicht „aufgedrückt“ werden kann.

Warum soll jetzt vom Regierungspräsidium Karlsruhe in einem komplizierten Verfahren monatlang ermittelt werden, wie hoch der Fernverkehrsanteil an dem von der zweiten Rheinbrücke ins Badische kommende Verkehr sein wird? Das ist doch bereits in Mainz errechnet worden, um in ein erfolgreiches Planfeststellungsverfahren zu gehen. Warum schauen die Planer im Regierungspräsidium Karlsruhe nicht nach, welche Zahlen dem Verfahren auf Pfälzer Seite zugrunde gelegt werden und melden diese nach Berlin? Dann wäre die Zusage zum Bau sofort da: Dann müsste der Bund bauen, sofern der weiträumige Verkehrsanteil mehr als 50 Prozent beträgt.

Norbert Bensching
Amselweg 11
Weingarten

Nordtangente durch den Landkreis

Zu „Bessere Erschließung“ vom 23. April:

Die CDU im Landkreis ist für eine Nordtangente. O.k., dann soll sie sich doch für den Bau einsetzen, da, wo diese Straße gebraucht wird, nördlich (!) von Karlsruhe. Die Lösung liegt doch auf der Hand: Man baut eine Autobahnanschlussstelle Weingarten und baut die bestehende Straße von Weingarten über Blanken-

loch nach Leopoldshafen aus. Damit schlägt man mehrere Fliegen mit einer Klappe: Die Industriegebiete in Weingarten und Stutensee werden besser erreichbar, das KIT Campus Nord (unser „Leuchtturm“) wird an den überregionalen Verkehr angeschlossen, und die Bewohner in den nördlichen Stadtteilen Karlsruhes werden von Lkw-Verkehr entlastet.

Es kann nicht angehen, dass die Gemeinden nördlich von Karlsruhe ihre Industriegebiete ausbauen, aber der ganze Verkehr sternförmig nach Karlsruhe läuft und so die Karlsruher für die Infrastruktur zahlen, die schlechte Luft und den Lärm ertragen müssen, aber die Gewerbesteuer im Speckgürtel investiert wird.

Dr. Eva Paur
Lauenburger Straße 84
Karlsruhe

Wir bitten Verfasser von Leserbriefen ihre Telefonnummer anzugeben und sich kurz zu halten. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Leserbriefe spiegeln die Meinung der Einsender wider, die nicht mit der Ansicht der Redaktion übereinstimmen muss. Die Redaktion